

II-841 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV, Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Zl. 10.001/2-Parl/80

Wien, am 24. März 1980

An die
Parlamentsdirektion
Parlament
1017 W I E N

334/AB
1980-03-28
zu 320/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 320/J-NR/1980, betreffend Akademikerüberangebot, die die Abgeordneten Dr. Frischenschlager und Genossen am 29. Jänner 1980 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Die in der Begründung der gegenständlichen parlamentarischen Anfrage aufgezeigte Entwicklung der Studentenzahlen, wie sie aus der zitierten Studie entnommen ist, baut - wie bereits in Beantwortung der mündlichen parlamentarischen Anfrage am 6. März d.J. ausgeführt - auf den Ergebnissen des von der Akademie der Wissenschaften im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung durchgeführten Forschungsprojektes "Hochschulplanungsprognose" auf. Die wichtigsten Ergebnisse, die auch von den Autoren der zitierten Studie verwendet werden, wurden dem Nationalrat bereits im Hochschulbericht 1978 bekanntgegeben. Neben diesen Prognosen über Hochschulabsolventen wurden überdies ähnliche Studien betreffend längerfristige Arbeitsmarktprognosen auch bereits von anderen Instituten durchgeführt, wie etwa die Untersuchung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über "Arbeitsmarktanalyse, der Arbeitsmarkt der 80er Jahre" aus dem Jahre 1979.

Was Arbeitsmarktprognosen betrifft, so sind nicht nur nach meiner, sondern auch nach Ansicht zahlreicher Experten derart langfristige Prognosen für die tatsächliche Entwicklung nicht mit der notwendigen Sicherheit möglich.

Die zitierte Studie geht von der Hypothese aus, daß zwischen 1971 und 1990 die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte unverändert sein wird; diese Annahme kann nicht geteilt werden. Sogar jene Berechnungen, die eine Konstanz der Qualifikationsstruktur zwischen 1971 und 1990 annehmen, zeigen, daß aufgrund von Branchenverschiebungen eine allgemeine Tendenz zu einer Nachfrage nach höheren Qualifikationen zu erwarten ist. (siehe z.B. S 387 und 288 der Studie). Auch die aus der Bilanzierung sich ergebenden Salden, deren Werte niedriger sind als die Netto-neuangebote, können aufgrund der Logik der vorgelegten Berechnungen nicht in der in der Anfrage erkennbaren Sichtweite interpretiert werden:

a) Im übrigen gehen auch die Autoren der Studie davon aus, daß die errechneten Salden nicht in Arbeitsmarktungleichgewichte umgedeutet werden dürfen, und stellen dazu fest (Zitat S 389):

4 Es muß auch hier einleitend die Warnung davor ausgesprochen werden, die Gegenüberstellungen ("Bilanzen") so auszulegen, als ob nun tatsächlich Überschüsse oder Defizite auftreten würden. Vielmehr handelt es sich um

- Konfrontationen von Modellprojektionen gemäß den unterstellten Annahmen
- Gegenüberstellungen, bei denen Anpassungsreaktionen des Arbeitsmarktes nicht berücksichtigt wurden,"

b) Für den Arbeitsmarkt für Akademiker werden in der Studie aus methodischen Gründen die Strukturwerte von 1971 verwendet (siehe S. 294). Eine Annahme die mit der realen Entwicklung nicht übereinstimmt. Zu dieser Variante stellen die Autoren der Studie folgendes fest:

"Die Variante "Struktur 71" kann als rechnerische Kontrollvariante aufgefaßt werden und ist so etwas wie ein Gradmesser dafür, wie stark sich der Arbeitsmarkt (= der Bedarf) doch anpaßt. Dies geht daraus hervor, daß diese erste Variante bereits 1978 größere Arbeitsmarktungleichgewichte hervorruft. In der Realität, zumindest soweit sie die laufende Beschäftigungsstatistik registriert, sind diese jedoch nicht in Erscheinung getreten. Aus diesem

Grunde wurde auch die Variante "Anpassung 1978" geschaffen."

Diese Variante "Anpassung 78" geht, was den Teilarbeitsmarkt für Akademiker betrifft, ebenfalls von den Strukturwerten 1971 aus.

Auf der Basis solcher Annahmen ergeben Gegenüberstellung von Angebot und Nachfrage notwendigerweise "rein rechnerisch" - wie der Bericht immer wieder feststellt - "Überschüsse" und "Defizite". Das bedeutet noch nicht, daß es Arbeitsmarktungleichgewichte in diesen Größenordnungen gibt, aber man erhält einen Eindruck von den Größenordnungen der Umschichtung in der Qualifikationsstruktur. Die prognostischen Werte betreffend "Arbeitsmarktungleichgewicht" auf dem Teilarbeitsmarkt für Hochschulabsolventen sind demgemäß höchst fragwürdig.

Im einzelnen werden die Fragen wie folgt beantwortet:

ad 1)

Hinsichtlich der "konkreten Vorstellungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung" zur Frage eines "drohenden Akademikerüberangebotes" darf auf die bisherige Beantwortung parlamentarischer Anfragen zu diesem Fragebereich verwiesen werden; so z.B. die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1046/J-NR/1977, II-2351 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NR. XIV. GP.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist zuständig für Angelegenheiten der Universitäten und Hochschulen und somit für Angelegenheiten der wissenschaftlichen Bildung, Berufsvorbildung und -ausbildung, aber nicht für Angelegenheiten des Arbeitsmarktes.

Aus den oben angeführten Gründen kann aus der Sicht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung von einem "drohenden Akademikerüberangebot" generell nicht gesprochen werden. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist aber im Hinblick auf die Berufsberatung und Maßnahmen für den Arbeitsmarkt in ständigem Kontakt mit dem hierfür zuständigen Bundesministerium für soziale Verwaltung.

-4-

In Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien für Wissenschaft und Forschung und Soziale Verwaltung wurden in den letzten Jahren auch verschiedene zusätzliche Maßnahmen für die Beratung und Betreuung von Hochschulabgängern gesetzt. Neben den umfangreichen Informations- und Beratungsmaßnahmen für Studierende und Hochschulabsolventen durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und das Bundesministerium für Soziale Verwaltung insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, sei noch erwähnt:

Verbesserung der Berufsinformation für Hochschulabgänger, die Erprobung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Hochschulabsolventen ("Akademikertraining") und schließlich die Errichtung eines Vereines "Beratungsdienst für Hochschulabgänger" durch das Bundesministerium für Soziale Verwaltung im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

ad 2)

Mit den Vertretern der Wirtschaft finden ständig Kontakte hinsichtlich des Arbeitsmarktes von Hochschulabgängern statt. Erst kürzlich wurde von den Vertretern der Wirtschaft und der Industrie die Bereitschaft der Wirtschaft erklärt, in vermehrtem Ausmaß Akademiker einzustellen.

ad 3)

NEIN, grundsätzlich aus allgemein bekannten bildungspolitischen Überlegungen nicht, und im speziellen auch nicht aufgrund der zitierten Studie, die hierfür auch keinerlei Anlaß bietet oder Vorschläge in dieser Richtung macht.

